



Pressemitteilung

Nürnberg/München, 28.11. 2008
PM 118-08/LFGS
Energie

Bund Naturschutz wird Atompolitik zum Wahlkampfthema machen

Enttäuschung über das „Zwischenlagerurteil“

Schwer enttäuscht ist der Bund Naturschutz vom Urteil des Bundesverfassungsgerichts, wonach die Lagerung von Atommüll in sog. Zwischenlagern an den drei Atomkraftwerksstandorten in Bayern unter das „verbleibende Restrisiko“ einzuordnen und damit vom Bürger hinzunehmen sei.

„Das Urteil bestärkt uns jedoch, die politische Auseinandersetzung für den Ausstieg aus der lebensgefährlichen Atomtechnologie zu forcieren“, so der Landesvorsitzende des BN Prof. Hubert Weiger. Der Bund Naturschutz und sein Bundesverband BUND werde die Atompolitik zum zentralen Thema im kommenden Bundestagswahlkampf machen. „Wir werden die politisch zu verantwortende Subventionierung der Atomkonzerne und die millionenschwere Propaganda der großen Energiekonzerne für Atomstrom aufdecken“, so Weiger.

Der Bund Naturschutz hatte die Klagen gegen die Zwischenlager unterstützt.

Schon beim „Restrisiko-Urteil“ in den 70er Jahren fand die tatsächlich von einer Reaktorkatastrophe ausgehende Gefahr keine Berücksichtigung, denn die amtliche Deutsche Risikostudie, die diese immensen Gefahren bezifferte, erschien erst einige Zeit später.

Auch die neuartige Terrorgefahr und die Tatsache, dass Kinderkrebs in der Umgebung von Atomkraftwerken stark gehäuft auftritt, wurden in Karlsruhe offenbar nicht bewertet.

Für Rückfragen:
Richard Mergner, BN-Landesbeauftragter
Tel. 0911-81878-25, Mobil: 0171-6394370

Landesfach-
geschäftsstelle
Bauernfeindstr. 23
90471 Nürnberg

Tel. 0911/81 87 8-0
Fax 0911/86 95 68

lfg@bund-naturschutz.de
www.bund-naturschutz.de

